

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festhalten am Sonntag. Der Preis beträgt für den Jahrgang 10 Mark, für den halbjährigen 5 Mark, für den vierteljährigen 2 Mark 50 Pfennig. Der Zustellungspreis beträgt 1 Mark 50 Pfennig. Die „Freiheit“ ist in den meisten Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Expedition: Berlin N.W. 4, Schiffbauerdamm 13 III. Preisprospekt: Hans Buchen 2805 und 2806.

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festhalten am Sonntag. Der Preis beträgt für den Jahrgang 10 Mark, für den halbjährigen 5 Mark, für den vierteljährigen 2 Mark 50 Pfennig. Der Zustellungspreis beträgt 1 Mark 50 Pfennig. Die „Freiheit“ ist in den meisten Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Expedition: Berlin N.W. 4, Schiffbauerdamm 13. Preisprospekt: Hans Buchen 2805 und 2806.

Die Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Montag, den 17. Februar 1919

Nummer 86

Sozialistischer Wahlsieg in Wien.

Die Nationalwahlen in Deutschösterreich.

Am Sonntag, den 16. Februar, fanden in Deutschösterreich die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung statt. Die Versammlung soll aus 255 Mitgliedern bestehen. Da aber ein Teil Deutschösterreichs durch die Besetzung durch feindliche Truppen an der Vornahme der Wahlen verhindert ist, so kann nur die Wahl von 165 Abgeordneten vorgenommen werden. Die Aussichten sind für die Sozialdemokratie günstig, insbesondere in Wien, wo sie vermutlich den größten Teil der Mandate erlangen dürfte. Hier kandidieren die meisten bekannten Führer der Partei, so unter anderem Friedrich Adler, Otto Bauer, Kasperlich, Kanner, Edelheid, Fopp, Theresia Schleiniger. Bis zur Stunde liegen genaue Ergebnisse der Wahlen nicht vor; doch zeigen die Teilergebnisse aus Wien bereits, daß die Sozialdemokratie hier die weitest starke Partei ist.

Wien, 17. Februar. Vorläufiges Ergebnis der Wahl in Wien: 31 Sozialdemokraten, 11 Christl. Sozial., 2 Deutschnationaler, 1 Bürgerl. Demokrat, 1 Tscheche und 1 Jüdisch-Nationaler. Unter den Gewählten befinden sich 6 Frauen. Von den Christl.-Sozialen sind gewählt: Bürgermeister Weiskirchner, der gewählte Minister Seidel, Staatssekretär Matzka, Schriftführer Dr. Adam Müller, Guttenbrunn; von den Sozialdemokraten: Staatssekretär Bauer, Friedrich Adler, die Unterstaatssekretäre Deutsch und Glöckel und der Chefredakteur der Arbeiterzeitung Kasperlich.

Riefendemonstration in München.

Wolffs Telegraphenbureau meldet aus München: Die angekündigte große Demonstration, die eine Woche lang die Gemüter erregte, hat heute unter überaus großer Beteiligung — es mögen wohl hundertsüßigtausend Menschen gewesen sein — stattgefunden und ist bis zu ihrem Schluß durch ein ruhiges und ohne Zwischenfälle verlaufen. Der Riefenzug, an dessen Spitze Reichspräsident Eisner in einem Automobil fuhr, schied sich von der Theresienwiese aus um 1 Uhr mittags in Bewegung, um nach Durchschreiten des Stadlinnera wieder auf seinem Ausgangspunkt zurückzukehren. Auf der Theresienwiese hielten dann verschiedene Redner, darunter Reichspräsident Eisner, Ansprachen an die Versammelten. So ruhig verlaufen Demonstrationen, wenn nicht Rotes Schilder sichtbar dastehen. Wenn nicht Kanonen und Maschinengewehre zum Schutz der Ruhe und Ordnung aufzufahren werden, dann sorgt das Proletariat selbst für Ruhe und Ordnung, besser als Rotes propagatorische Gerede.

Sozialistische Einigung in Rußland.

Stockholm, 15. Februar. Nach einem Bauspruch aus Moskau hat sich die in Moskau eingetragene Abordnung der Mitglieder der früheren konstituierenden Versammlung, die gleichzeitig aus hervorragenden Mitgliedern der sozialrevolutionären Partei besteht, in einem Aufruf an alle Bürger der russischen Republik gewandt, in dem es heißt: Die Gewalt geht zurück und anzuerkennen, daß die Beschlüsse, die Bolschewiki stützen im Solde der deutschen Imperialisten und es sei zwischen ihnen ein höheres Schicksal abgeklungen worden, unbegründet waren. Der russischen Revolution droht jetzt tödliche Gefahr von Seiten unserer früheren Verbündeten. Bei der Augenblicklichen internationalen und innerpolitischen Lage Rußlands haben wir die Verantwortung für eine Weiterführung des blutigen Bruderkrieges und für eine Schwächung der Demokratie durch den Bürgerkrieg nicht weiter auf uns nehmen und halten es für unsere Pflicht, noch vor Erzielung einer amtlichen Einigung zwischen der sozialrevolutionären Partei und der Sowjetgewalt sämtliche Bürger, Arbeiter und Bauern Rußlands zum Zusammenbruch im entschei-

benden Kampfe mit dem gemeinsamen Feinde zu mahnen.

Roske — der Pazifist.

Mit ergreifendem Pathos meldet Wolffs Bureau: Weimar, 16. Februar. Der Reichswehrminister (Roske) hat in seinen Pazifizierungsversuchen wieder einen großen Erfolg gehabt. Der A. u. S. - Rat Golba meldet: Durch Bekanntmachung in allen deutschen Zeitungen ist die Bevölkerung bis zum 14. Februar zur Waffenabgabe aufgefordert worden. Waffenabgabe inzwischen reiflos erfolgt. In anderen Gegenden aber „beruhigt“ der Pazifist Roske — mit Blut.

Dorten, 16. Februar. Nach der Vorgänge im hiesigen Bezirk meldet Wolffs Bureau: In einem heftigen Gefecht kam es zwischen dem westfälischen Freiwilligenkorps (Richtschlag) und den Sozialisten in Herbst-Dorten. Es entspann sich ein heftiges Feuergefecht, in das auch die Artillerie eingriffen mußte. Die Truppen drangen erfolgreich vor. Das gesamte Herbst-Dort wurde besetzt. Das Freiwilligenkorps hatte mehrere Tote und Verwundete. Die Verluste der Sozialisten sind erheblich.

Ein Gewaltakt gegen Leipzig?

Herr Roske, der sozialistische Lubenborff, hat in dem neugeborenen sächsischen Kriegsminister Reuring einen würdigen Kollegen gefunden. Auf dessen Befehl erschienen am 11. Februar in Leipzig, dem sächsischen Truppenübungsplatz, etwa 800 Regierungstruppen und stürmten unter Anführung von drei Offizieren mit Maschinengewehren, Handgranaten und entschärften Gewehren das Lager. Die Wachen wurden übertrumpft, das Artilleriebataillon und andere wichtige Gebäude besetzt. Vor dem Verwaltungsgebäude des A. und S.-Rotes wurden Maschinen-„werke“ zerstört und schußfertig gemacht, damit niemand entkommen konnte.

Der Vollzugsbefehl in Riesa, der mit Leipzig durch eine Arbeitsgemeinschaft verbunden ist, forderte sofort nach dem Grund dieser Maßnahme, ohne das sächsische Kriegsministerium konnte keine Antwort geben, da Herr Reuring, der diesen Gewaltakt angeordnet hatte, nicht zugegen war. Später erfuhr man, daß Leipzig, welches bisher zum 10. Armeekorps (Leipzig) gehörte, zum 12. Armeekorps (Dresden) geschlagen worden sei. Das 10. Armeekorps in Leipzig war von diesem merkwürdigen Vorgang nicht unterrichtet worden.

Es besteht kein Zweifel, daß der Überfall auf das Leipziger Truppenlager ein vorbereiteter Akt zu einem gewalttätigen Vorgehen gegen Leipzig sein soll. Die bürgerliche Presse bereitet die Stimmung hierfür schon vor. Seit Wochen werden über die Zustände in Leipzig die größten Unwahrheiten verbreitet. Man arbeitet nach dem Bremer Beispiel. Obwohl durch den Genossen Geher auf der Nationalversammlung in Weimar das verwerfliche Verstellereisen festgemagelt wurde, nimmt die Höhe ihrer ungeführten Fortzuga.

Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen. Einzelnen schweben mit dem sächsischen Kriegsministerium noch Verhandlungen. Sollte es zu einem gewalttätigen Vorgehen gegen Leipzig kommen, so steht schon heute fest, daß es von den rechtssozialistischen Gewalttätigen propagiert worden ist.

Reaktionäre Wahlabotage?

Wolff meldet: Nachrichten aus der Provinz erweisen, daß die Vorbereitungen zur Durchführung der Gemeindevahlen nicht überall in dem erforderlichen Maße fortgeschritten sind. Hierdurch wird die Vermutung nahegelegt, daß örtliche und Kreisbehörden der Durchführung der Wahlen nicht die nötige Aufmerksamkeit widmen. Demgegenüber wird betont, daß die Gemeindevahlen unter allen Umständen stattfinden haben, und daß die Preussische Regierung alle Mittel zu ihrer Durchführung in Anwendung zu bringen gewillt ist.

Der Waffenstillstandsvertrag.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen sind trotz des unnützen und schädlichen Gerädes, man werde es auf den Druck ankommen lassen, natürlich unterzeichnet worden.

Es muß aber allen Ernstes gesagt werden, daß es ganz unverantwortlich ist, in welcher Weise jetzt wieder alle auswärtigen Dinge unter Führung der Regierung und mit Hilfe ihres Propagandaparlaments zu nationalistischen Agitationen verwendet werden. Diefelbe Unwahrhaftigkeit wie im alten Regime herrscht auch heute noch in der auswärtigen Politik. Was das deutsche Volk über das Ausland erfährt, ist nach wie vor höchst einseitig und unvollständig und dient nur dazu, eine Stimmung zu erzeugen, die unter Umständen recht gefährlich werden kann.

Es sind dieselben Kreise, die Deutschland in den Krieg hineingezogen und in allererster Linie für die Folgen des Krieges verantwortlich sind, die sich jetzt wieder in den Vordergrund drängen. Es ist einfach widerlich, wie die ernste und traurige Lage der Kriegsgefangenen für die politischen Bedürfnisse dieser Kreise ausgenutzt werden. Was hat es für einen Sinn, in Deutschland Versammlungen zu arrangieren und Entlastungsgebungen zu veranstalten, in denen die Gegner beschimpft werden? Glaubt man denn dadurch die Sache unserer Kriegsgefangenen irgendwie zu fördern? Wir meinen, das es schädlich und gewissenlos ist, wenn die Leute, die den unumschließlichen Maßnahmen der deutschen Kriegsführung stets zugehört haben, als Fortführer sich in den Vordergrund drängen, und somit alle Hoffnungen der Gegner aufs neue ansetzen. Gerade die Frage der Kriegsgefangenen bedarf der behutsamsten Behandlung. Hier aber ist sie ein Agitationsmittel der rechtslebenden Parteien und die anderen tun mit, um etwas von der nationalistischen Stimmung auch für sich einzufangen.

Noch aus einem anderen Grund läßt die Regierung alle nationalistischen Register ziehen. Sie will damit die schwere Niederlage, die sie in der Polenfrage erlitten hat, verdrängen. Von Auslands an ist von der Unabhängigen Sozialdemokratie der Standpunkt vertreten worden, daß mit den Polen verhandelt werden müsse. Solange unsere Genossen in der Reichsregierung und im preussischen Ministerium waren, wurde auch verhandelt. Die Regierung Ebert-Scheidemann-Landsberg aber hat die Verhandlungen weiter lassen und zur Gewalt gezwungen. Im Osten begann ein neuer Krieg, der uns nur durch den blutigen Aufbruch, den Militarismus wieder ausrichtete und der Regierung Gelegenheiten gab, ihre Soldatenscharren anzuwerben, die wegen ihrer Disziplinlosigkeit eine Gefahr für die Bevölkerung des Ostens und zugleich ein treffliches Werkzeug für die Sozialrevolution waren. Alle Warnungen, daß diese Politik schließlich das Eingreifen der Entente hervorrufen müsse, haben nicht gekracht.

Jetzt hat die Entente eingegriffen und macht dem unnützen Blutvergießen ein Ende. Man muß sehr deutlich sagen, daß dieses Vorgehen der Entente sehr dankenswert ist. Sie hat anders wie die deutsche Regierung und die deutschen Parteien das wahrhaft nationale Interesse des deutschen Volkes und das Interesse der Menschlichkeit gewahrt, wenn sie es auch natürlich nicht um des deutschen Volkes willen, sondern der politischen Fundamente zu tun genötigt war. Wenn dabei die Demoralisationslinie ungünstiger ausfallen ist, als wir es gewünscht hätten, so trifft die Schuld auch dafür die deutsche Regierung, die durch rechtzeitige Verhandlungen mit den Polen in einem früheren Stadium bessere Bedingungen hätte bekommen können. Die Tatsache, daß die deutsche Regierungspolitik in der politischen Frage mit einer schweren Blamage endet, steht aber fest. Und wenn die deutsche Presse schimpft und vom polnischen „Raub“ spricht, so muß wieder sehr deutlich gesagt werden, daß es kein Raub ist, wenn die Polen Gebiete, die von Polen überwiegend bewohnt sind, in Anspruch nehmen, vielmehr

Massenstreik der Warenhausangestellten.

Von G. Aufhäuser.

Es ist kein Zufall, wenn der erste Massenstreik der Angestellten in den Warenhäusern ausgebrochen ist. Die Warenhäuser sind der lebendigste Ausdruck der großkapitalistischen Handelsbetriebe, deren Spezialarbeit großartig arbeitet, solange es sich um die gewinnbringende Geschäftstätigkeit, deren Sparjamkeit sofort beginnt, wenn es sich um die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte handelt. Bei der Erhaltung der von gewaltigen Marmorsäulen getragenen Warenhäusern wurde an den Ausgaben nie gespart, und die profitierenden Besitzer haben auch in der Kriegszeit keine Not gelitten. Um so mehr über sie können die Angestellten als Objekt der Speisepolitik des Kapitalismus zu sein. In es denn wirklich so unverständlich, wenn diese von allen Kriegsgewinnen verschont gebliebenen, wirtschaftlich bedrückten Schichten des Verkaufspersonals, das auch in den künftigen Arbeitsbedingungen nicht mehr als ein Objekt der Spekulation des Kapitalismus behandelt wird, endlich auch den Weg zur solidarischen Massenbewegung gefunden haben, um wenigstens die schlimmste Not des Augenblicks abzumildern?

Es ist schon bescheiden, daß der Streik der Handels- hilfskräfte in den Warenhäusern ausgebrochen war, weil ihnen von den Unternehmern die Erfüllung eines vom Einigungsamt bereits gefällten Schiedsspruches verweigert wurde. Von nun an ist es als das erste Mal, daß die Massenbewegung unter den Angestellten betrachtet werden muß, wenn sie sich in diesem Kampf der Arbeiter zur unbedingten Solidarität bekennen. Jeder aufrichtige Freund der aufstrebenden Angestelltenbewegung wird den Zentralverband der Handlungsgehilfen zu diesem Erfolg seiner gewerkschaftlichen Erziehungsbemühungen beglückwünschen können. Wenn die streikenden kaufmännischen Angestellten im zeitlichen Zusammenstoß mit dem Zentralkomitee erneut auf die Erfüllung ihrer schon seit längerer Zeit gestellten Forderungen nach einer nötigen Gehaltsreform dringen, so ist das ihr gutes Recht, und es zeigt die einseitige Unternehmervoreilung der bürgerlichen Presse, daß auch nicht in einem einzigen Blatt der Versuch gemacht wird, die Berechtigung des von den Angestellten gestellten Forderungen nach Wahrung eines Preisverhältnisses als zum späteren Tarifverträge überhaupt ernsthaft nachzuprüfen. Es wird in den meisten Berichten auch verschwiegen, daß die jetzt schnellste Forderung nach Bezahung einer einmaligen Entschädigungssumme — je nach dem Dienstalter 100 bis 500 M. — vom Arbeitgeberverband schon vor einigen Wochen bewilligt worden war. Sie wurde jetzt nur deshalb wiederholt, weil die Firmen teilweise diese Beträge entgegen der Abmachung bis jetzt noch nicht ausbezahlt haben. Da der Abschluß eines Tarifvertrages vermutlich noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird und die Angestellten der Verkaufsgeschäfte auch in der Zwischenzeit ohne Erhöhung ihrer Besoldung der heftigen Teuerung gegenüber nicht mehr standhalten können, so wäre der Abschluß des geforderten Preisverhältnisses nur eine Frage billiger Ausgleiches. Bei der finanziellen Trägheit der Warenhäuser besteht auch keinerlei Schwierigkeit, den streikenden Angestellten entgegenzukommen.

Wenn trotzdem bisher alle Versuche einer Einigung gescheitert sind, so handelt es sich dabei weniger um den Widerstand der Unternehmer gegen die materiellen Forderungen als vielmehr um die Widerstand gegen den gewerkschaftlichen Zusammenbruch der Angestellten, der bei diesem ersten großen Streik im Keime erstarkt worden soll. Ein politisches Erbe der Verhandlungen mit dem Zentralverband könnte die gewerkschaftliche Organisation weiter festigen, und lediglich darum streben sich die Ökonomie, Grundsätze und Ziele, mit dem Zentralverband allein zu verhandeln. Die Arbeitgeber verlangen die Einziehung des sog. „Gewerkschaftsgebührens der kaufmännischen Angestelltenverbände“, die bis zum 9. November als die wichtigsten Gegner des Gewerkschaftsgedankens bekannt haben und sich jetzt lediglich aus opportunistischen Gründen eine neue Firma beigegeben haben in der das Wort „Gewerkschaft“ vorkommt. Es ist derselbe Vorgang, der sich bei den politischen Parteien mit der neuen Bezeichnung „Demokratisch“ abspielt hat.

Im übrigen muß es dem Selbstbestimmungsrecht der Streikenden überlassen bleiben, welchen Verband sie mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen, und sie haben sich zu Kaufenden gegen ganz vereinzelte Stimmen für den Zentralverband erklärt. Wenn es auch den Verbänden des „Gewerkschaftsbundes“ ernstlich um den Lebenskampf zu tun gäbe, dann hätten sie zu mindesten in diesen Tagen ihre Solidarität mit den Streikenden und dem Zentralverband erklären müssen. Das konnten sie nicht, da ihnen kein langjähriges, die einfachsten gewerkschaftlichen Kampfmittel lehnen und sie teilweise vom Unternehmertum finanziell unterstützt werden. Es ist eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit, daß dauernd von diesem „Gewerkschaftsbund“ gesprochen wird, ohne zu erklären, daß es sich vorwiegend um die alten, lediglich umgetauften „Gewerkschaften“ handelt. Die Sprecher dieses „Gewerkschaftsbundes“ haben doch selbst rühmend hervorgehoben, daß sie verhalten hätten, an ihre Arbeit zu gehen und daran nur durch die Streikenden gewaltig gehindert worden wären.

Und nun wird vom Zentralverband verlangt, sich mit Verbänden, die Streikbrecher unter sich dulden, an einen Tisch zu setzen. Die Angestellten selbst aber sollten sich sagen, daß es doch kein Zufall ist, wenn die Unternehmer so großen Wert auf die Ausziehung dieser „Mischgewerkschaften“ legen. Sie sollten weiter erkennen, daß diesmal die Warenhaus- Kollegen und Kolleginnen die Vorläufer der Gesamtheit sind. Die Berliner Angestellten sind wieder unter Umständen gelassen können, daß die Möglichkeiten solidarischen Handelns auch für sie bisher noch nicht erschöpft sind. Das Unternehmertum verkennt vielleicht, daß es in den Kreisen der Roharbeiter (nicht nur in den Warenhäusern) gewaltig gärt. Das Unternehmertum spielt jetzt dem 10. Januar auch in den anderen Betrieben wieder den besten Mann, und Erud erzeugt Gegenbrand.

Aber auch die gesamte Arbeiterklasse muß diesem Streik ihre ganze Aufmerksamkeit schenken. Die Mitglieder des Transportarbeiter- und des Handlungsgehilfenverbandes haben die Solidarität der Kopf- und Handarbeit zum ersten Mal praktisch sozial. Der Aus-

gang dieses Angestelltenstreiks ist deshalb auch für das künftige Zusammenwirken der gesamten Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung.

Wenn es die Unternehmer oder etwa die Behörden versuchen sollten, diese Bewegung mit Machtmitteln abzuwürgen, so dürfen sie sich verrechnen haben. Die Träger der Kopf- und Handarbeit sind in ihrer solidarischen Vereinigung unüberwindlich.

Denkt an die Gemeindevahlen!

Wieder schreiten wir zur Urne. Bei den Wahlen zu den Nationalversammlungen hat die Renne der Unentschiedenen dem Vorkrieg zum Siege verholfen. Die Wahlen haben aber auch gezeigt, daß die Renner der Industrie und Kultur, die großen Städte, politisch beherrscht werden vom sozialistischen Proletariat.

Der Gesamtkörper des Staats bewegt sich — als sei nichts geschehen — weiterhin nach den Gesetzen jener korrupten Politik derer um Wilhelm und Ludendorff. In den unteren Reihen der Staatsorgane, den Gemeinden, kann dieser neuen Reaktion ein Gegengewicht geboten werden durch die

Wahl sozialistischer Mehrheiten.

Genossen und Genossinnen! Rähet den Sozialismus zur Tat! Verbt und wählt — und bringt die Stadtverwaltungen in eure Hand. Ihr erwerbt dem Sozialismus durch die Wahl sozialistischer Mehrheiten eine Machtstellung von entscheidender Bedeutung. Ihr schafft ihm ein Tatfeld!

Erkämpft die Interessen, den Glanz eigenständiger Renner, der die Stadtverwaltung bisher ausbeutend beherrscht, zu befreien. Arbeit dem Volke, was der Sozialismus für das Volk zu schaffen vermag.

Grundlegend umwälzende Arbeiten

barren der grundlegenden Sozialdemokratie, der U. S. D., in der Kommune: Steuerreformen, Schulreform, Ausbau des Krankenhausbauwesens und anderer Anstalten der öffentlichen Fürsorge, Wohnungswirtschaft und Kleinbauwesen, Verkehrswesen. Die ersten bedeutungsvollen Schritte der Sozialisierung können getan werden durch die Kommunalisierung wichtiger Betriebe.

Arbeiterräte und sozialistische Kommune

in eine Linie stellt, erheben eine Macht, die — nun bruch — die Folgen der bürgerlichen Reaktion brechen, den Fuß des Sozialismus fest fundieren kann.

Machtposition und Schule

gleich ist die sozialistische Kommune: Hier lernt das Proletariat den Apparat der Verwaltung regieren.

Arbeiter, Parteigenossen!

Vertretet Gut liegt bereit! Trachtet es, formt und bildet die neue Kommune! Werbt für die sozialistische Gemeinde!

Wählt die Eltern der U. S. D.

Kohlenmangel, Förderung und Transport.

Aus dem Ruhrrevier wird geschrieben:

Immer wieder wird versucht, gegen die Vergarbeiter Stimmung zu machen, indem man sie anlagt, daß durch ihre Schuld Deutschland nicht genügend mit Kohle versorgt wird. So wird in einer Reihe, die täglich durch die Presse geht, behauptet, es sei nicht richtig, daß die Förderung im Ruhrrevier Ende Januar bis auf 200.000 Tonnen gehoben habe, sie sei vielmehr in den ersten Tagen des Februar weit unter dem Durchschnitt in der zweiten Hälfte des Januar geblieben. Schuld tragen die fortwährenden Streiks.

Doch trotz aller Bemühungen der Arbeiterräte und der Reuere-Kommission für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbauwesens im Ruhrrevier ausbrechen, ist leider richtig. In dessen ist es in den letzten Tagen die Folge der Aufzählung durch „gewissenlose Streikbrecher“, sondern sehr oft handelt es sich um wohlbedachte Forderungen, die aus „politischen Gründen“ von den Unternehmern abgewiesen werden, weil diese Forderungen nach wie vor auf dem „Bergbau-Standpunkt“ stehen. Tatsächlich hat jedenfalls die Streikbewegung erheblich nachgelassen, und man nicht durch Gewaltmaßnahmen von einer Verrückung in das Industriegebiet getrieben werden. Selbst die Hoffnung, daß sie weiterhin eingedämmt werden kann.

Der Kohlenmangel im Ruhr ist auf ganz andere Ursachen zurückzuführen. Der Reichskommissar für Kohlenverteilung stellte vor kurzem fest, daß zwar am 8. dieses Monats für den rheinisch-westfälischen Bezirk 19.100 Waggons gestellt wurden, am 7. dieses Monats aber die Zahl bereits wieder auf 12.500 zurückgegangen war. Der Bezirk erhält somit weniger als die Hälfte der Waggons, die er für den Transport der normalen Förderung braucht.

Dieser Mangel an Transportmitteln führt aber schließlich zur Verminderung der Produktion. Die Forderungen können nicht ihrer Forderung einfach auf die beiden Waggons in Erwartung besserer Zeiten. Das ist in diesen Fällen technisch nicht durchführbar. Es lagern bereits über zehn Millionen Tonnen Kohle, die Plätze sind überfüllt. Dabei sind die Forderungen geringfügig, wenn sie die Kohle nicht abfahren können, die Förderung eingeschränkt. In der Tat sind denn auch im Ruhrrevier in letzter Zeit vielfach Forderungen eingeleitet worden.

Oder alle feiern die Vergarbeiter nicht deshalb, weil sie von „gewissenlosen Streikbrechern“ ausgenutzt werden, sondern sie haben ihren Willen gewonnen zu setzen, weil man die von ihnen erforderliche Kohle nicht abfährt.

Wir befinden uns somit in der Tat in einer sehr katastrophalen Lage: Die Bevölkerung und die Industrie brauchen Kohle. Diese ist vorhanden, kann aber nicht den Verbrauchern zugeführt werden. In diese Lage ist Deutschland durch den Krieg gezwungen worden. Das Eisenbahnmaterial ist während des Krieges in einer Verwirrung während des Jahres geraten, und kann haben die Abführung des besten Teils dieses Materials er-

Aus dieser Lage gibt es nur einen Ausweg: Aufbaum von aller Kräfte, um die Produktion von Lokomotiven und Waggons zu steigern. Das muß möglich sein. Die Arbeiter sind in genügender Zahl vorhanden; die Eisenwerkzeuge sind nicht übermäßig groß, aber sie dürfen für diese Aufgabe genügen. Wenn wir uns den Waggons an Werkzeugen aber auf der anderen Seite sind Betriebe stillgelegt, die sehr wohl imstande wären, solche zu produzieren. Es wäre daher sehr, für den Mangel an Transportmitteln die Schuld nun wieder den im Lokomotiv- und Waggonbau beschäftigten Arbeitern zuzuschreiben. Vielmehr handelt es sich darum, die Produktion von Transportmitteln, deren Beschaffung eine Lebensfrage für Deutschland ist, zu organisieren. Es ist zu befürchten, daß diese Aufgabe nicht gelöst wird, wenn alles der privaten Initiative überlassen bleibt; denn die an sich selbst die neuen Bedingungen anpassen. Jeder ist jedoch nicht die letzte Initiative der Regierung zu bemerken, in diese Frage ordentlich und organisch einzugreifen.

Jedenfalls sollte man nicht die wütende und verlogene Hege gegen die Bergarbeiter einleiten und alle Kräfte darauf richten, daß wir aus den Transportverhältnissen herauskommen. Nur so kann die Abwehr des Kohlenmangels beseitigt werden.

Von der Parteipresse.

Nachdem sich die Rechtssozialisten in Bremen mit Unterstützung der Reaktionsgruppen in den Besitz der Bremer Arbeiterzeitung gesetzt haben, erscheint seit dem 11. Februar als Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die „Bremer Arbeiterzeitung“. Wie sie bereits in Nr. 2 mitteilen kann, geben die Beschlüsse auf die Zeitung so überaus reichhaltig ein. Das von der ersten Nummer 3000 Exemplare nachgedruckt werden müssen. In wenigen Tagen wird die Zeitung, wie die Redaktion mitteilt, die zweitgrößte Auflage von allen Bremer Zeitungen haben.

Die Tatsache, daß die Unabhängige Partei in Bremen sofort eine neue Zeitung gegründet hat, zeigt, wie kräftig die unabhängige Bewegung in Bremen ist, so daß es trotz der Herrschaft des Militärs nicht gelingen wird, sie gewaltsam zu unterdrücken.

Die beiden erschienenen Nummern des „Der Arbeiter“ enthält u. a. folgende Beiträge: Wilhelm Kahlbacher, von Rud. Dreißbach; Die innere Neugestaltung des Deutschen Reiches, von G. S. Graf; Militärexperimente, von Hansim G. Weide; Rechtsgeboden zu den Arbeiterpartei, von einem Juristen; Gelernte und ungelernete Arbeiter, von G. Straß; Die siebende Stadt, von R. Dreißbach.

Nr. 3 der beiden erschienenen Nummern des „Der Arbeiter“ enthält u. a. folgende Beiträge: Kopulieren oder kämpfen, von E. Damm; Die holländische Stellung der U. S. D.; Die U. S. D. in der Zukunft; Der Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens in Deutschland, von G. Lebour; Die Neubildung der U. S. D.; Die U. S. D. in der Zukunft; Die Zukunft der Arbeiterzeitung, von R. Dreißbach.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten der Elektroindustrie fordern das Mitbestimmungsrecht.

Sonntag vormittag lagte im Zirkus Busch eine Vollversammlung sämtlicher Angestellten der Elektroindustrie, um zum Abschluß der Kollektivverträge durch die freien Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Es trat hier das einleitende Referat, in dem er die Bedeutung der Resolution für die wirtschaftliche Verbesserung hervorhob. In der anschließenden Diskussion, an der sich Angehörige verschiedener Verbände beteiligten, wurde an den Gewerkschaftsinhalten lebhafter Kritik geübt, die nicht imstande seien, revolutionäre Arbeit zu leisten. Nicht nur Demokratie im Reich und in der Gemeinde müsse gefordert werden, sondern auch Demokratie im Betriebel — nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am 10. Februar im Zirkus Busch versammelten Delegierten der Elektroindustrie Groß-Berlins fordern unmissverständlich in den abzuschließenden Tarifverträgen den Angestellten und Arbeitern das Mitbestimmungsrecht ohne jede Beschränkung klar und eindeutig auf nachstehender Grundlage anzusetzen: 1. Mitwirkung bei der Regelung aller Personalangelegenheiten, insbesondere der Begründung der Notwendigkeit der Neueinstellung, Einsicht in den Bewerbungsfachwechsel, Hinzuziehung bei mündlichen Einstellungsgesprächen und Mitbestimmung bei der Personalauswahl unter Festlegung der Einstellungsbedingungen; bei Entlassung: Begründung der Notwendigkeit vor Kündigung, Mitbestimmung bei Entlassungsbeschlüssen und Vertretung zur Förderung von Entlassungen. — Ferner auch Mitwirkung bei Beförderung von Vorschlagsstellen und dem Kreis der Angestellten einer Firma. — 2. Mitbestimmungsrecht bei Regelung des Gehaltszuges und Recht auf Einsicht in die Gehaltslisten. — 3. Mitbestimmungsrecht bei Aufstellung und Änderung von Dienstvorschriften.

Die Preisnachrichten und -gehilfen, die im Verband des Reichsbundes der Feinmechaniker (Vereinigung Berlin und Ostpreußen) organisiert sind, hielten am Donnerstag ihre Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1918 gab die Kollegen Piere und Buntz. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Piere 1., Piere 2., Piere 3., Piere 4. und Piere 5. Vorsitzender: Piere 1., Piere 2., Piere 3., Piere 4. und Piere 5. Die Verhandlungen mit dem Verband der Feinmechaniker wurden ab 1. März, während der Zeit der Lohnbewegung, einen Wochenbeitrag für männliche 1,50 M. und für weibliche Mitglieder von 1 M. zu erheben. — Das Bureau Engel-Weber 15 111, Zimmer 60 (Wohlpl. 8040), ist geöffnet von 9-12 und 3-6 Uhr. Arbeitsvermittlung von 10-11 Uhr vormittags.

Der Verband der Fäher führt sich durch einen Vah, der in einem Verbandsbericht der Fäherangehörigen in Nr. 78 der „Fäher“ enthalten ist, berichtet. In der Versammlung sollte ein Preis ausgeteilt werden, daß der Verband die Interessen der Fäherangehörigen nicht in genügender Weise wahrnehme. Wie uns jetzt der Verband in einer längeren Zukunft mitteilt, handelt es sich um einen Preis für die Fäherangehörigen, die dem Verband der Fäherangehörigen beigetreten sind, und zwar sollte letzterer die Fäherangehörigen, die in Fäherangehörigen sind, für seine der Fäher ausgeben, die aber gewisse Konditionen sind, für seine Organisation in Anspruch nehmen. Wir nehmen von dieser Mitteilung Kenntnis, möchten aber davon Abstand nehmen, auf die Angelegenheit einzugehen, was uns neben anderen Gründen auch die Mäßigkeit auf den uns zugewiesenen Knappen Raum nötigt.

Groß-Berlin.

Radel.

Jetzt ist das Volk aus aller Not
Lieblich und Luxemburg sind tot.
Und auch der letzte ist gefast.
Der Radel, den sie so gekast!
Nun frage ich bei Kasse an!
(Er ist ja jetzt der rechte Mann!)
„Triff ihn nur Eurer Richter Hand?“
Nacht Radel keinen „Fluchverjud“?

S. S.

Blut muß fließen.

Die Regierungstruppen, die für den Sonntag einen Spar-
tagungsputz erlangen, um dem Berliner Bürgerum ihre Nützlichkeit
zu demonstrieren, veranlaßten am Sonntag vormittag gegen
11 Uhr am Landwehrkanal ein Probefchießen mit zwei
Maschinengewehren. Sie richteten das Feuer nach der Dichtenstein-
brücke zu, angeblich, um sich einzuschüßen. Da keinerlei Wäp-
ferungsmaßregeln getroffen waren, wurde das Leben vieler vor-
übergehender Passanten aufs schwerste gefährdet. Ein Mann er-
hielt einen Bauchschuß.

Die bühnliche Schieberei vor von der Garde-Schützen-
Division, in der die Räder Luxemburgs und Liebnichts
sind, veranlaßt worden. Die Herren brauchen anscheinend ihr
Sonntagvergnügen. Sie hoben sich derartig an den Gebrauch der
Korbschiffen gewöhnt, daß sie ohne mögliche Schieberei nicht leben
können.

Bandagenstreiche.

Aus Bernau wird uns berichtet: Die Kasse-Garden, die
angehört für den Offizier bestimmt sind, und dort sehr notwendig
gebraucht werden sollen, haufen nun schon seit 6 Wochen in
Bernau und belästigen in jeder erdenklichen Weise die Bevölke-
rung. Sie fühlten sich, wie wir schon einmal berichten konnten,
als Herren der Gasse. Am letzten Sonntagabend hörten sie das Ver-
einbarwerden des Bernauer Arbeiter-Turnvereins.

Das Vergnügen war nur für Vereinsangehörige und ge-
ladene Gäste bestimmt. Trotzdem kamen die Regierungstruppen in
großer Anzahl und begehrten Einlaß. Als ihnen dieses verwei-
gert wurde, antworteten sie, daß sie den Saal mit Hand-
granaten stürmen würden. Sie holten denn auch „Hilfe“
herbei und drangen nach 12 Uhr gewaltsam in den Saal ein.
Schüsseln, Stühle, Biergläser und Flaschen entzwei; auch
Fensterheben, Türen und Lampen wurden zertrümmert.

Unter den Knäuelnden, besonders unter den Frauen, ent-
stand eine große Panik. Es gab einige Verwundete. Schließlich
kamen noch andere Ordnungsmaßnahmen herbei, angeblich um Ruhe
zu schaffen. Dabei wurde auch geschossen. Statt aber die wütenden
Küchenschürzen zu verhaften und abtransportieren, ließ man die Kauf-
leute weiter schreien. Der Saal war inzwischen völlig geleert
und die trankene Soldatensoldate setzte nunmehr das Fest auf eigene
Kost fort. Offiziere, die unter den Regierungssoldaten sehr
hoch vertreten sind, waren nicht zu sehen.

Der Vorfall hat unter den Bernauer Arbeitern große Ent-
wörung hervorgeufen! Wenn diese Banditen nicht bald den Ort
verlassen, wird kein Bürger mehr seines Lebens sicher sein. Es
wartet unter ihnen der Geist der 1914 in Frankreich und Belgien
und in anderen besetzten Gebieten seine Kräfte zeigte und un-
den Haß der ganzen Welt gezogen hat. An dieses Handwerk
sollten die Herrschaften so gewöhnt werden zu sein, daß sie jetzt,
wo es gegen den äußeren Feind nichts mehr zu tun gibt, ihre
Wohlfahrt in das Innere des Landes tragen.

Die Spandauer Stadtverordnetenversammlung und das Käsepfister.

Die Spandauer Stadtverordneten-Versammlung nahm am
Donnerstag in ihrer vorletzten Sitzung noch einmal Gelegenheit
ihre „Wohlfahrt“ gegenüber den Steuerzahlern zum Ausdruck
zu bringen, indem sie die Arbeiterfrage angriff und sie durch
Himmel und Erde „Finanzminister“ glaubt in Mitleid
bringen zu können. Verwundert die Versammlung schon bei einer
Forderung von 17000 Mark zur Umgestaltung der verschiedenen
Bureaus infolge der Beschneidung von mehreren Rimmern
durch den A. und S.-Rat, diesem ein auszuweichen, so
war dies noch viel mehr der Fall bei der neuen Bewilligung von
70000 Mark für den A. und S.-Rat. Hier war diesen alten
reaktionären Herren endlich mal Gelegenheit gegeben ihrem
Hergen Luft zu machen, und diese Gelegenheit als Wahl-
propaganda zu benutzen. Die Staatsaufstellung für den A. und
S.-Rat wies eine Ausgabe von 84000 M. auf. Von dieser Summe
entfielen aber auf den Sicherheitsauschuss allein 47000 M.,
welche also nicht auf das Konto des A. und S.-Rates zu setzen
sind. Die witzigen Ausreden für den Arbeiterrat betragen seit
dem 3. November 1918 36000 M.; für den Soldatenrat (inklusive
Sicherheitsauschuss) 60000 M. Die Herren Stadtväter, unter
ihnen der seitdem bekannte konservative Abgeordnete Herr
Lübke, fanden nunmehr ihre giftigen Pfeile gegen den vollgültig
anwesenden Arbeiterrat. Dieser verlor nun alle diese Angriffe
zu widerlegen, man wollte ihn aber nicht zu Worte kommen
lassen. Schließlich ließ man den beiden Vorstehenden des A. und
S.-Rates zu einer Abweisung aller Angriffe das Wort. Beide
Redner, Anhänger der Rechtssozialisten, widerlegten in auszeich-
nender Weise alle Angriffe und wiesen darauf hin, daß die Tätigkeit
der A. und S.-Räte eine sehr segensreiche für die Stadt gewesen
ist, denn den unter 100000 M. bleibenden Ausgaben stehen Ein-
nahmen, die in die Hunderttausende gehen, gegenüber. Es wurde
den Herren Stadtvätern gesagt, daß es gerade der A. und S.-Rat
gewesen ist, der 375 Morgen Nationalland ausbuddeln ließ, wo
die Herren Gutbesitzer die Absicht hatten, diese so unentbehrliche
Frucht verkaufen zu lassen (Freunde des autoritativen Ab-
wärtz). Die Verteidigung des A. und S.-Rates hing aus in
den Worten, daß in den jüdischen Novembertagen die Herren
Stadtväter nicht zu finden waren, aber jetzt, nachdem sie wieder
Vorgensluft wittern, glauben sie den Grundhof: „Der Rache hat
seine Schwelgerei getan, der Rache kann kein“ anwenden zu
sollen. — Leider war es nicht möglich, auch einen Vertreter der

Unabhängigen zu Worte kommen zu lassen, da der Herr Vorsteher
es von vornherein verstand, die mehrfachen Wortmeldungen ab-
zumünzen. Der Vertreter der Unabhängigen hätte den Herren
erst noch eine Deklaration über die Notwendigkeit der A. und
S.-Räte und ihres Bestehens als notwendiger Konstitutions-
teil, vielleicht wird der A. und S.-Räten aber noch Gelegenheit ge-
geben, über ihre Wirksamkeit als solche der Einwohnerschaft die
nötige Aufklärung zuteil werden zu lassen.

Die Familienversicherung.

Dieser Tage ging eine Note durch die Presse, wonach zwischen
Vertretern der Gemeinden, der Kreisärzte und der Krankenkassen
unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth im Berliner Rath-
haus Besprechungen stattgefunden haben hinsichtlich der Ehe-
frauen und Kinder in die Krankenversicherung einzubeziehen als
Erlaß für die abzubauende Kriegsversicherung. Als Ergebnis wird
der Beschluß genannt, eine Eingabe an das Reichsamt zu
richten, um zu diesem Zweck eine Kommission einzuführen.
Zu dieser Frage wird uns geschrieben, daß es sicherlich sehr nützlich
sei, zur Familienversicherung zu kommen, aber diese Maß-
nahme sei nur eine halbe. Es tauche die Frage auf, wo die
keinen Handwerker, die keinen Geschäftseute heute bleiben, die
nicht versicherungsfähig seien. Dabei soll kaum ein Einkommen
erzielt wie ein qualifizierter Fabrikarbeiter, obwohl die geplante
Einführung der Familienversicherung doch darauf hinausläufe, daß
Vater Staat tief in denbeutel greifen müsse. Die Krankenkassen
verlangen in den letztgenannten Fällen. Dazu käme, was gerade
bei Arbeitslosigkeit, wer Sorge da für ärztliche Hilfe? Sogar die
Armenfürsorge? Das sei doch keine Lösung. Wollte man auf
diesem Gebiete vorwärts gehen, müsse mehr geschehen. Es müsse
eine Stelle geschaffen werden für die gesamte Volksfürsorge.
Dieses Volksgesundheitsamt müsse all die vielen Aufgaben be-
arbeiten, welche in das Gebiet fallen. Und diese Aufgaben seien
äußerst umfangreiche. Hingewiesen wird in der Zusage auf die
am Orte bestehende Familienversicherung, die mit herangezogen
werden müsse und die für einen bestimmten Zeitraum ärztliche
Hilfe und Heilmittel für die Familie im Krankheitsfall gewähre.
Köste man die schon bestehenden Organisationen zusammen,
könnten sie als guter Grundpfad dienen.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Am der drohenden Gefahr einer Verbreitung der übertra-
genen Geschlechtskrankheiten, die durch die beschleunigte Demobilis-
ierung eine beträchtliche Verschärfung erfährt, wirksam vorzu-
beugen, ist es notwendig, daß möglichst rasche Maßnahmen zur
kostenlosen Beratung und Behandlung der Geschlechtskranken ge-
boten wird.

Für alle aus dem Heeresdienst zur Entlassung kommenden
oder bereits Entlassenen wollen daher die Militärbehörden, mög-
lichst im Anschluß an Lazarette Spazarkunden zur am-
bulanten Behandlung Geschlechtskranker Heeresent-
lassener durch Fachärzte einrichten. Solche Kranken, deren Er-
krankung oder ungenügende häusliche Verhältnisse stationäre
Lazarettbehandlung wünschenswert erscheinen lassen, können
Aufnahme in einem Lazarett erhalten. Die Quasiprägnahme
kostenloser ambulante oder Lazarettbe-
handlung steht allen seit dem 1. November 1918 aus dem
Heeresdienst entlassenen geschlechtskranken
Krankheiten, und zwar vorläufig bis zum 31. März 1919,
zu. Ueber diesen Zeitpunkt hinaus kann kostenlose Behandlung nur
den in Lazaretten aufgenommenen Kranken gewährt werden.
Zum Nachweis der Berechtigung dieser kostenlosen Behandlung
durch Organe der Militärbehörden dienen die Entlassungs-
papiere.

Für die einer Rasse angehörigen Geschlechts-
kranken gewährt die Rasse freie Behandlung, und wenn nötig,
Krankenhausaufnahme. Es wird jedoch noch darauf hingewirkt
werden, daß die Krankenkassen auch die Behandlung der
geschlechtskranken Frauen und Kinder ihrer
Kassenangehörigen mit übernehmen, da ohne eine solche weiter-
gehende Fürsorge für die Angehörigen der Kassenmitglieder die
Gefahr besteht, daß von ihrer Geschlechtskrankheit geerbte Kassen-
mitglieder durch ihre Angehörigen wieder infiziert werden.

Kußer den auf diese Weise verstorbenen Kranken und solchen,
die aus eigenen Mitteln eine notwendige Behandlung bestreiten
können, bleibt aber noch eine gewisse Anzahl geschlechtskranker
Heeresentlassener übrig, die nicht in der Lage ist, die durch
die Militärbehörden oder durch die Rassen gewährte kosten-
lose Behandlung in Anspruch zu nehmen. Um auch diese, die
Allgemeinheit gefährdenden Krankheitsquellen nach Möglichkeit
unschädlich zu machen, hat sich das Ministerium des Innern ent-
schlossen, mit ihrer und ihrer geschlechtskranken Angehörigen
unentgeltlichen Behandlung, unbeschadet ihrer Beratung durch
die Beratungsstellen für Geschlechtskranken, Fachärzte und
praktische Ärzte zu betrauen. Als Ausweis dient der
militärische Entlassungsschein.

Das Honorar für die Behandlung der geschlechtskranken
Heeresentlassenen und ihrer Angehörigen durch Fachärzte oder
praktische Ärzte soll nach den Mindestsätzen der ärztlichen Ge-
bührenordnung bemessen werden.

Kranke, deren Krankheitszustand oder deren häusliche Ver-
hältnisse eine Behandlung in einem Krankenhaus als wünschens-
wert erscheinen lassen, können einem solchen überwiesen werden,
sofern ihre Verbringung in ein Militär-Lazarett unmöglich
ist. Die Kosten für die Krankenhausbehandlung
werden ebenfalls aus öffentlichen Mitteln
bestritten.

Das Honorar für gemeinsame Konsultationen der prakti-
schen Ärzte mit den Fachärzten wird für beide, wie das der
Einzelbehandlungen, nach den Mindestsätzen der ärztlichen Ge-
bührenordnung für Einzelleistungen berechnet.

Die Einrichtung der vom Staate zu gewährenden kosten-
losen Behandlung ist nur bis zum 31. März 1919 gedacht. Es
sollte also jeder mit einer Geschlechtskrankheit Bekannte sofort
von dieser Einrichtung Gebrauch machen.

Die verlorne Kriegerfrau. Eine Kriegerfrau klagt und ihr
Leid. Ihr Mann ist in französischer Gefangenschaft. Sie be-
zieht monatlich eine Unterstützung von 45 M. Sie zahlt 18 M.
Miete, 14 M. erhält sie Mithilfe. So lange sie Arbeit hatte,
ging es. Jetzt ist sie mit vielen anderen Frauen entlassen. Er-
werbslosenunterstützung erhält sie nicht. Ueberall, wo sie nach
Arbeit nachfragt, wird sie abgewiesen; sie bestimme je Unter-
stützung. Von diesen paar Mark könne sie aber nicht leben. Was
tut sie nun, fragt sie. Sie meint, es sei doch ein großes Unrecht,
daß man nicht mehr Rücksicht auf die Kriegerfrauen nehme und sie
der bittersten Not aussetze. Die Frau hat recht. Bei Ent-
lassungen sollte auf solche Fälle Rücksicht genommen werden.

Die diesjährigen Schulfestlichkeiten sind wie folgt festgesetzt worden:
Ostern: 9. bis 24. April; Pfingsten: 6. bis 13. Juni;

Samstag: 4. Juni bis 12. August; Herbst: 27. September
bis 7. Oktober; Weihnachtsen: 23. Dezember bis 6. Januar
1920. Die angegebenen Tage bezeichnen Schulferien bzw. Wieder-
beginn des Unterrichts.

Arbeiter-Samaritaner-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Öffent-
licher Bildersitzung: Revolution und die Geschlechtskrank-
heiten. Vortragener: Herr Dr. Rossmann, Geschäftsführer der
Dtsch. Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 Uhr, Kaiser-Friedrich-
Kaiser-Bibliothek, St. Eintritt frei. — V. M. Reußlin,
Weichselstr. 8, Freitag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, Neuburg-
Linde. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Arbeiter-Athleten-Bund, Kreis 4 (Groß-Berlin). Am Donner-
stag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Reier,
Oranienstr. 170 eine wichtige Versammlung statt. Zuhörer sind
bis auf weiteres an nachstehende Adresse zu richten: R. Sellheim,
Berlin SO. 3, Raunynstr. 2.

Kunstkalender.

Die Erstaufführungen von Georg Kellers „Das“ in der Volkshöhle
findet Dienstag, den 26. Februar, statt. Die Rolle des Müllerbäuerleins
spielt Ernst Stahl-Rohdau; Regie: Dr. Paul Lehmann; Bühnenbildner
Karl Jakob Hirsch.

Aus aller Welt.

Das „freie“ Wahlrecht.

Wie es auf dem Lande noch mit unserem „freien“ Wahlrecht
besteht ist, zeigt folgende Zusage, die wir erhalten:
Auf dem Rittergut Dabelow im Kreise Prenzlau
(also unweit Berlins, Red.) wurde unter dem „freien“ Wahl-
recht „also gewählt: Am Abend vor der Wahl wurden
sämtliche Gutswarbeiter mit ihren Frauen noch der Schule zu einer
„Besprechung“ zusammengerufen. Mit wenigen Ausnahmen fand
sich alles ein. Der Schullehrer erschien und richtete einige Worte
an die Versammelten, wobei er unter anderem sagte, daß bei der
Wahl jeder frei wählen könnte; nur sollten sie nicht die
„Unabhängige Sozialdemokratie“ wählen. Ein
Gutswarbeiter, Müller mit Namen, darüber empört, springt auf
und fragt, warum man die „Unabhängige Sozialdemokratie“ nicht
wählen soll; sie habe doch während des Krieges für die Rechte der
armen Leute gekämpft und tue es heute noch, da könnten doch die
armen Leute die Partei wählen. Er erhält eine scharfe Antwort.
Am anderen Tage wird denn auch keine Stimme für die Unab-
hängigen weiter abgegeben. Der „rebellische“ Gutswarbeiter aber,
der von Kind auf für den junkerlichen Geldsack gekümmert wurde,
— trotz Leutenot — noch einigen Tagen auf die Straße verworfen.
Natürlich wegen nicht „passender“ Arbeit. Geht denn unter einer
„sozialistischen“ Regierung, in Deutschland, wo das „freie“ Wahl-
recht der Welt“ existieren soll. Wie soll sich der Arbeiter wehren?
Arbeitereräte sind abgewirkt! Wie soll er es tun?
Was gedenkt die sozialistische Regierung zu tun, um diesem
Terror auf dem Lande zu begegnen? Wird sie auch dort Kanonen
und Maschinengewehre aufstellen lassen?

Ein Gesinnungsabtest.

Die amtlichen „Braunschwelgischen Anzeigen“ berichten unter
oberer Epithete:

Herr Oberlandesgerichtsrat und Landtagsabgeordneter
Hampe hat nach der Revolution feierlich erklärt, daß er sich
auf den Boden der gegebenen Tatsachen stelle, daß
er also die Republik anerkenne und mit der Beirichtung der Mon-
archie einverstanden ist. Kein Mensch hat ihn zu dieser Erklärung
gezwungen. Sie ist freiwillig als Ausdruck seiner politischen
Überzeugung abgegeben worden. Derselbe Mann aber hat am
12. Februar aus Gmunden von den verflochtenen Königlichem
Scheitern folgendes Telegramm erhalten:

„An Oberlandesgerichtsrat Hampe, Braunschwelg: Hochachtung
durch Ihre freudlichen Glückwünsche sagen wir Ihnen
unseren herzlichsten Dank!“

Viloria Luise, Ernst August.

Herr Hampe steht nicht allein. Es gibt heute unzählige kaiser-
liche „Revolutionäre“. An allen Werten sitzen welche. Nur sind
sie gefährlicher als Hampe. Weil sie sich nicht so leicht entlarven
lassen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred W. Lepp, Reußlin, —
Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der Finke-
bucherei und Verlagsbuchhandlung m. b. H., Schildowerdamm 19.

Gute Bücher für den Ehestand

in mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Mann

Werden, Sein und Vergehen von H. Fischer. Mit vier
farbigen Tafeln und 276 Illustrationen
Preis gebunden 7,50 M., gebunden 10 M.

Wann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, sittlichen und
kulturbistorischen Beziehungen von Dr. Bertens.
Preis gebunden 6 M., gebunden 8 M.

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Anna Fischer-Düdelmann. 20. Auflage mit
vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des
Frauenkörpers. Für die junge Frau, die Mutter unentbehr-
lich, ihr Leben wahren bezeichnend.
Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Prof. Rohleder nennt das begeistert aufgenommene Buch

Die aufgeklärte Frau

von Trutka Vogels: Das Beste, das je über und für die
Frau erschienen ist. Mit vielen Illustrationen der Frau in
allen Lebenslagen.
Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Wer über sich, die Ehe gute Aufklärung haben will, be-
lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der
Wissenschaft geben hier ihr Recht an Lebenserleuchtung. Die
Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch
Paulsen & Co., Berlin W. 9, Köthener Straße 27, 1. St.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Jahresversammlung.

Mittwoch, den 19. Februar 1919, nachmittags 5 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15 (Saal 4)

Branchenversammlung

über in der Berliner Steinbrücken-zeilen, lithographischen
und photographischen Kunstverlagen, Druck- und
Papierausstattungsunternehmen und Kolonialverlagen
beteiligten Mitglieder.

Tagesordnung:

1. Bericht der Branchenleitung.
 2. Wahl einer Vollkommungskommission und der Ver-
treter in der Ortsverwaltung.
 3. Branchenangelegenheiten.
- Um zahlreiches Erschehen ersucht
Die Ortsverwaltung und Branchenleitung.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden

Jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chro-
nische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche
bzw. Ehrlich-Hata-Kuren, Blutunterstützung,
Licht- und Finsen-Behandlung, Quecksilber-
Entziehungs-Kuren, Eigenes Kur- und Bad für elektrische und
medikamentöse Bäder, ohne Berausung, Getrennte Räume
für Damen und Herren.

Aerztlich geleiteter Heilanstalt.

Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz,
9-1, 4-8, Sonntag 9-1.

Zeitungsfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt.

Berlin:

©. Müller-Verlag 19.
©. Müller, No. 1 Straße 11.
©. Müller, No. 1 Straße 24.
©. Müller, ©. Müller 24.

Expedition
Maack
von Kamerunerstr. 52
nach Kamerunerstr. 5
perzogen.

Wilmersdorf

Die Redaktion der „Frei-
heit“ befindet sich bei
Willing, Babelsberg
Stra. 42. Dortselbst
werden auch Boten
frauen eingestellt.

Lichtenberg

Die Redaktion Tasdorfs
Straße 3 (Prenzl.) ist von
fest nach

Tasdorfer Straße 25
(Reisewitz).

Eckrestaurant, geiz-
herd, krankheitsgefährlich.
Eckrestaurant, geiz-
herd, krankheitsgefährlich.